

Die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage wurde zurückgestellt, weil die erforderlichen Angaben nicht vollständig waren (s. gelb gekennzeichneten Text bei den Erläuterungen des Bescheides).

Damit die Arbeitnehmer-Sparzulage festgesetzt werden kann, reichen Sie bitte die Anlage VL des Anlageinstituts **2013** baldmöglichst nach.

Nichtanerkennung der tatsächlichen Fahrtaufwendungen nach § 9 (2) Nr. 2 EStG.

Anstelle der Pauschbeträge nach Absatz 1 Satz 3 Nr.4 Satz 4 können Behinderte, deren Grad der Behinderung weniger als 70, aber mindestens 50 beträgt und in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind, für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte die tatsächlichen Aufwendungen ansetzen.

Die erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit wird mit dem Schwerbehindertenausweis und dem eingetragenen Merkzeichen G bescheinigt.

Nichtanerkennung von Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 b EStG.

Bei Behinderten mit einem GdB von mindestens 80 % können auch Kraftfahrtkosten als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Abs 3 EStG berücksichtigt werden. Das gleiche gilt bei Behinderten mit einem GdB von mindestens 70 %, bei denen darüber hinaus eine erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit (Merkzeichen "G") im Straßenverkehr vorliegt.

Der Schwerbehindertenausweis - gültig ab **tt.mm.jjjj** - stellt einen GdB von **000 %** sowie die Merkmale **fest**.

Damit ergeben sich für unser Mitglied einkommensteuerliche Abzugsbeträge:

Der erhöhte Pauschbetrag für die täglichen Fahrten zur Arbeit gem. § 9 (2) EStG.

- Die Anerkennung von 3000 km Privatfahrten als allgemeine außergewöhnliche Belastungen gem. A 188 EStR.

- Die Anerkennung von 15000 km Privatfahrten lt. Aufstellung als allgemeine außergewöhnliche Belastungen gem. A 188 EStR.

Entgegen unserer Berechnung wurde der Ertragsanteil der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit von Herr/Frau **mit 00** Prozent berechnet.

Die von Ihnen aus Vereinfachungsgründen vorgenommene Aufrundung auf volle Jahre stellt eine steuerverschärfende Regelung dar.

Ich beziehe mich dabei auf ein Urteil des FG Münster (Urteil vom 23. 11. 1995, EFG 1996 S. 231).

Falls dem Einspruch nicht stattgegeben wird, stelle ich gemäß § 363 AO einen Antrag auf Ruhen des

Verfahrens und verweise auf das Revisionsverfahren vor dem BFH (Az X R 14/96).

Der in der Anlage beigegefügte Bescheid setzt die Arbeitnehmersparzulage für **2013** fest.

Diese Arbeitnehmer-Sparzulage wird **2013** erst mit Ablauf der für die Anlageart vorgeschriebenen Sperrfrist ausgezahlt, und zwar grundsätzlich zugunsten Ihres Anlagekontos (s. Erläuterungen zum Bescheid).

Eine fehlerhafte Bearbeitung durch das Finanzamt bei der Berechnung der für Sie festzusetzenden Einkommensteuer hat zu einer Erstattung von Euro **00.000,00** geführt.

Dieser Erstattungsbetrag ist gegenüber der bei der Beratung errechneten Summe um Euro **0.000,00** höher.

Gemäß § 129 der Abgabenordnung kann das Finanzamt bei Feststellung des Fehlers den Bescheid über die Einkommensteuer für das Jahr **2013** jederzeit berichtigen und die zuviel erstatteten Steuern mit Zinsen zurückfordern.

Setzen Sie sich zur Festlegung der weiteren Vorgehensweise bitte bis spätestens **tt.mm.jjjj** mit uns in Verbindung.